

Landeshauptausschuss führte Gespräch mit der Abt. Strafvollzug im Thüringer Justizministerium

Wie in der Landeshauptausschuss-sitzung am 23.02.2011 beschlossen, traf sich der gesamte Landeshauptausschuss am 15.03.2011 im Thüringer Justizministerium um mit dem Abteilungsleiter Strafvollzug über die aktuelle Situation im Thüringer Justizvollzug zu beraten.

Seitens des Thüringer Justizministerium nahmen an den Gespräch der Abteilungsleiter Strafvollzug, Herr Herbert Windmiller, der Leiter des Personalreferats, Herr Frank-Michael Schwarz und der Leiter des Referats Sicherheit und Ordnung, Arbeitswesen, Herr Marcus Wilbert teil.



Seitens des Landeshauptausschusses nahmen der Landesvorstand, alle Ortsvorsitzenden und der Tarifvertreter an diesem Gespräch teil.

Im Mittelpunkt des Gespräches stand der anonyme Brief eines Bediensteten des Thüringer Justizvollzuges (der allen Bediensteten des Thüringer Justizvollzuges bekannt ist) an das TJM, alle Anstalten, Opferverbände, die Presse und den HPR Justizvollzug, in dem in einer leicht ironischen Art die aktuelle Situation im Thüringer Justizvollzug geschildert wurde.

Seitens des Landesverbandes wurde deutlich gemacht, dass man die Art und Weise des Briefes und den Verteiler in der Öffentlichkeit, ohne vorher interne Lösungswege zu suchen, verurteilt. Andererseits wurde klagend festgestellt, dass der Brief durchaus diskussionsfähige Elemente enthält und vor allem die tatsächliche Stimmungslage unter den Justizvollzugsbediensteten des Freistaats widerspiegelt. Seitens des BSBD wurde mehrfach deutlich zum Ausdruck gebracht, dass man bereit ist Veränderungen im Justizvollzug mit zu tragen und jederzeit bereit ist, diese auch intensiv zu unterstützen. Grundvoraussetzung ist aber, dass die Kommunikation mit den Bediensteten seitens der Aufsichtsbehörde in allen Ebenen funktioniert und die Bediensteten bei der Erfüllung neuer Aufgaben und grundlegender Veränderungen im Konzept des Justizvollzuges mitgenommen werden müssen. Dies ist aber nicht gelungen. Eine Kommunikation von oben nach unten und eine intensive Einbeziehung der Bediensteten aller Ebenen in die neuen Vorhaben hat nicht stattgefunden. Im Gegenteil, unter den Bediensteten des Thüringer Justizvollzuges entsteht immer mehr der Eindruck, finanzielle Mittel sind nur noch für die Betreuung der Gefangenen vorhanden und bei den Bediensteten wird immer mehr eingespart. Dies wird insbesondere im Bereich der Aus- und Fortbildung der Bediensteten deutlich.

Abschließend kamen beide Seiten überein, dass man die Gespräche zu diesen Themen intensiv fortführen muss und dass seitens der Aufsichtsbehörde für eine bessere Kommunikation vor allem mit den Bediensteten des mittleren Management und des mittleren allgemeinen Vollzugsdienstes sorgen wird. Weiterhin wurde Einigkeit darüber erzielt, dass die im Thüringer Justizvollzug vertretenen Gewerkschaften stärker in die künftige Arbeit einbezogen werden.